



Coupehoffer, Schultornister, Reisekoffer, Schulfaschen, Reisetaschen, Schulmappen.



Grösste Auswahl! Nur beste Fabrikate! Enorm billige Preise! Hermann Röschel 40 ob. Leipzigerstr. 40 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. Man beachte meine 6 Schaufenster.

Mb. Deutscher Reichstag.

120. Sitzung, S. anabend, den 8. März. Am Tische des Bundesrats: Dr. Solff, Seitz, von Firpih. Präsident Dr. Raemy eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die portugiesische Deputiertenkammer hat dem Präsidenten des Reichstags das Mitglied für den Marinerückblick der Seefahrt ausgedrückt.

Das Einmitlege.

Zur dritten Lesung erklärt.

Abg. Haase (Soz.): Im Namen meiner Fraktion: Wir lehnen jedes Budget ab, also auch das Einmitlege. Das der Etat nicht bis zu Ostern hat erledigt werden können, liegt daran, daß kein Verwaltungsverfahren vorliegt, die Budgetkommission hat ihn nicht gefertigt. Schuld ist die frühe Einberufung des Reichstags und auch das Einmitlege, es bedarf der Abänderung. Der jetzige Zustand ist eine Verzögerung der Rechte des Parlaments.

Abg. Seuba (Soz.):

Der Reichstag hat in der Budgetkommission und in zweiter Lesung im Plenum die Ostwahlenaufgabe abgelehnt. Ich stelle fest, daß danach die Reichsregierung nicht berechtigt ist, auf Grund des Einmitleges die Finanzetatvorlage zu geben oder die im vorigen Jahre bewilligte Entschädigung.

Das Einmitlege wird verabschiedet.

Drasitz.

Die Resolutionen der Budgetkommissionen werden angenommen. Die eine richtet sich gegen den Arbeitsmangel in den Kolonien und verlangt die Aufhebung der Beschränkung des Bergbaukommissions von Arbeitsstellen über den Arbeitsmarkt; zwei andere Resolutionen fordern größere Mittel für Eingeborenen-Spitäler. Eine weitere Kommissionsresolution ergeht um einen Nachtragsetat zur Förderung der Baumwollkultur. Hierzu hat

Abg. Krähig (Soz.):

eine einstimmige Rede über die Technik der Baumwolle und die soziale Lage der deutschen Baumwollarbeiter.

Abg. Schiffer (Zentr.):

Ich spreche gleichfalls vom Standpunkt der spezifischen Arbeiter der Rheinlande, die Baumwolle in der Baumwollfabrikation. Der Herr fordert die Sozialdemokraten auf, doch praktisch zu arbeiten. Herr Krähig lehnt den Etat ab; ging es nach ihm, dann würde in unseren Kolonien nicht eine Stunde Baumwolle wachsen. Wir wünschen eine erhebliche Erhöhung des Fonds; unsere Textilindustrie hat ein außerordentlich großes Interesse an billigen Rohstoffen. Der Nachtragsetat, den die Kommission beantragt, fördert nichts als ausreichende Mittel, und das wollen die Sozialdemokraten nicht bewilligen! Das große Ziel kann nur durch Gebuld und Geduld erreicht werden. Es handelt sich um eine nationale, später aber auch gewinnbringende Zeit, wenn wir für eigene Rohstoffe sorgen.

Abg. Dr. Baasche (NatL):

Herr Krähig hat die Ansichten unserer Baumwollverarbeiter herangezogen; er meint, es möchte ja anderswo eine viel bessere Kultur. Wir wollen ja aber eben verstehen, was alljährlich den Kapitalistischen Spekulationen und Ausbeutern in Amerika festzusetzen. Wie kann man dazwischen liegen, wir hätten ja schon vor fünf Jahren ansetzen und hätten noch nichts erzielt. Wieso ist es, in einem noch absolut unzureichenden Lande, ohne Weg und Steg, ohne Kenntnis des Klimas, des Bodens usw., sofort die geeigneten Pflanze zu finden? Wenn eine Gesellschaft ungenügend im nationalen Sinne gearbeitet hat, so ist es das Nationalwirtschaftliche Komitee (Weißl.); das verdient nicht die Verdächtigung, daß es auf Spekulationsgewinn abgesehen ist. (Weißl.)

Staatssekretär Dr. Solff:

Ich habe dem Vortrager für die Zurückweisung des Angeiffs auf das Nationalwirtschaftliche Komitee meine Zustimmung und meinen hochverehrten Helfer Stupp. Die Nationalwirtschaftliche Kommission ist überaus verpflichtet und gerade seinem leitenden Leiter, und ich möchte ihn an dieser Stelle eine glückliche Ausreise und guten Erfolg. (Weißl.) Auch der Staatssekretär spricht hutz gegen die eigenartige Auffassung der Sozialdemokraten. Deutschland kann nicht zurückbleiben, es ist seine Pflicht, diese Baumwollfrage seine ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es ist eine große Kulturarbeit, die wir machen wollen, auch gegen das Rotum der Sozialdemokratie. (Sehr gut!) Natürlich kann es nicht von heute auf morgen erledigt werden. Ich hoffe im nächsten Jahre sehen eine eingehendere Aufstellung der Entwicklung vorlegen zu können. (Weißl.)

Abg. v. Vöhlendorff-Röppin (Konf.):

Die Entzifferung weise ich die Vermutung auf das Nationalwirtschaftliche Komitee zurück, dessen Mitglied ich bin. Wir sind im besten Wege für eine geordnete Produktion durch Eingeborene, auch als selbständige Fabrikanlagen. Es ist nicht richtig, daß wir zu Leistungen vorgehen sind; hier handelt es sich um eine Produktion, die bei 600 Millionen des Reichs ins Ausland gehen lassen müssen, um den Absatz zu erhalten. Das ist wohl wahr, daß wir die Rohstoffgewinnung national gestalten. Aber darf man eine fruchtbringende Nationalpolitik treiben unter englischen Verhältnissen? Das hat man in der Kommission gemacht. Mit Ausnahme allein der äußeren Mächte haben wir einen Blick der Welt, das Ministerium unserer Kolonien hat immer Zeit die Baumwolle auf dem Boden des eigenen Schutzgebietes erzeugen werden kann. (Weißl.)

Abg. Göttsche (W.):

Es ist erfreulich, daß sich solche Gesellschaften finden, die trotz aller Mißerfolge weitere Versuche mit der Baumwollkultur machen. Auch unsere Wasserkräfte müssen dem Verkehre erschlossen werden, besonders der Ostküste.

Staatssekretär Dr. Solff:

Diese Anregungen sind außerordentlich dankenswert. Den Oberlauf des Nilflusses haben wir untersucht. Sehr interessante Resultate sind dabei erzielt worden. Die Nilflüsse sind aber sehr erodiert.

Abg. Dr. Arendt (W.):

Die Fruchtbarkeit kann immer nur eine Ergänzung, niemals aber ein völliger Ersatz der Eisenbahnen sein. Die Förderung

des Baumwollanbaues ist für unsere Arbeiter von größter Bedeutung. Eine herzliche innere Genugung hat mir die Rede Göttsches bereitet. Es freut uns, daß wir mit der Reichsregierung in den Kolonialfragen endlich zusammengehen. Es ist mit den Kolonien besser gegangen, als es die Kolonialpolitik erhofft haben. Die Resolution zur Förderung der Baumwollkultur wird angenommen.

Abg. Dr. Baasche (NatL):

weilt darauf hin, daß am Vortage 2. 90 Tausend der Bewohner spychtisch sind. Diese Leute sind systematisch bekämpft werden. Leider ist die Trunkstucht auch unter den Weibern stark verbreitet, die ich dann allerlei Mißhandlungen zu schulden kommen lassen. Die Jungen wuchsen ohne Schwärze aber machen die europäischen Zeitungen nach und legen all ihre Welt in Schnaps an. Affen erklären sie. Ein junger, vornehmer Mann muß trinken, und landesgemäß sein Geld in Schnaps umlegen! (Hört! Hört!) Die Weiben sollten durch Entschärfung den Negern ein gutes Beispiel geben.

Staatssekretär Dr. Solff:

Die Schließung Dr. Baasches über die Verbreitung der Trunksucht ist zu schwarz. Im großen und ganzen ist unser Schutzgebiet in Afrika zu sehen. Die Eingeborenen befrachten sich nicht an Alkohol, sondern an ihren einheimischen Getränken, wie Boma. Ein völliges Verbot wäre nicht durchführbar. Wir werden aber für Mäßigung.

Abg. Dr. Baasche (NatL):

macht weitere Vorschläge für die Fortführung der Nordbahn. Das Land dort ist zur Besiedlung durchaus geeignet. Die Nordbahn muß möglichst rasch bis an den Viktoriassee herangebracht werden.

Staatssekretär Dr. Solff:

Bei den Bahnbauten sind drei Firmen beteiligt. Wir haben keinesfalls die Absicht, eine andere Konkurrenz auszuschießen. Im Gegenteil, wir werden jede neue Konkurrenz gern zu lassen.

Abg. Gröberger (Zentr.):

Das ist erfreulich, denn wir dürfen keine Privilegien aufkommen lassen.

Abg. Gröberger (Zentr.):

Das ist erfreulich, denn wir dürfen keine Privilegien aufkommen lassen.

Abg. Gröberger (Zentr.):

Das ist erfreulich, denn wir dürfen keine Privilegien aufkommen lassen.

Abg. Dr. Baasche (NatL):

Resonieren Dank für diese kolonialfreundliche Rede! Gegenüber den geistigen Angriffen des Kollegen Dr. Weiß gegen meinen Freund Dr. Semler möchte ich bemerken, daß ich es für absolut unzulässig halte, jemandem wegen seines Privatvertrages Vorwürfe zu machen und es zu dazwischen, als ob er seine Stellung als Abgeordneter nicht wahrnehme. Auson kann gar keine Rede sein. Die Verhandlungen, die Dr. Semler geführt hat, sind es lediglich als Verhandlung geführt und hat juristisch das erreicht, da er darum gebittet wurde. Er hat sich vorher, wie er dies ja selbst schon hier mitgeteilt hat, mit Mitgliedern des Hauses verschiedener Parteien darüber beraten, und alle diese Herren — ich nenne nur die Abg. Gröberger und das frühere Mitglied des Hauses des Kollegen Dr. Baasche — haben übereinstimmend gesagt, daß er in Ausführung seines Privatvertrages tätig sein dürfe. Das ist ein Recht, das man nicht an ihm wegnehmen darf. Im übrigen handelt es sich nicht, daß er dabei mit vollen Zielen genannt wurde, dafür kann er nichts, das kann aber jedem von uns passieren. Die Sache ist wirklich so harmlos, daß deshalb derartige Angriffe nicht erhoben werden sollten. (Sehr richtig!) Ich bin im Besitz der Zeitung, die mir in letzter Zeit über den Streit berichtet haben, ich meine Auffassung nicht erschüttert worden, daß sich dieses Land zu einer guten Kolonie wird ausbauen lassen.

Staatssekretär Dr. Solff:

Nach Rücksprache mit dem Staatssekretär v. Jagow habe ich die Verantwortung auf die geistige Rede des Abg. Weiß übernommen, das das Kolonialpolitische Komitee in der Reichsregierung mit dem Nationalrat vorgegangen ist. Das das Kolonialpolitische Komitee ist, ist nicht nur die Ansicht des Abg. Weiß, sondern die Auffassung aller Parteien des Hauses, und auch die Regierung hat damit nicht hinter dem Berg gehalten. Aber ich habe schon vor zwei Jahren die Gründe angeführt und kann das heute nur wiederholen, daß die Verabsichtigung der Angelegenheit in der Reichsregierung allmählich aufgenommen und dafür geminderte Rechte eingeführt werden. Ob Herr Dr. Weiß in der individuellen Kritik der Kolonialgesellschaften nicht zu weit gegangen ist, muß ich den Gesellschaften selbst zur Beurteilung überlassen.

Staatssekretär Dr. Solff:

Aber das kann ich verstehen, daß die diese Gesellschaften, das kann genau kontrollieren und nicht aufkommen lassen, was sie nicht beabsichtigt sind. Dazu haben wir unsere Kontrolle, unsere Gesetze und die Maßnahmen der Kolonialgesellschaften selbst in Händen. Freilich können wir nicht die Gesellschaften mit allen Mitteln bekämpfen, denn wir sind gebunden durch die Vertragsverhältnisse Frankreichs, aber sonst könnten wir auch werden wie sie. Das der Kolonialgesellschaften nur der Stütze der Kolonialgesellschaften getroffen hat, muß ich entschieden betonen. Die beiden Herren — hier kann ich auch das Verhalten des Abg. Semler in Schutz nehmen, wenn wir im Gegenteil darüber sein müssen, daß er seine Kräfte in den Dienst der Regierung gestellt hat — haben sich in völliger Übereinstimmung mit dem damaligen Staatssekretär. Aber es bemerkt, die vorhandenen Grenzschutzleistungen zu befestigen. Das lag im Interesse unserer Verwaltung, das es nicht angenehm sein konnte, gleich bei Erwerb der neuen Länder in Streitigkeiten mit den französischen Regierung und den einzelnen Gesellschaften zu geraten. Aus diesem Grunde sind wir den beiden Herren dankbar.

Mit Entschiedenheit aber muß ich den Gedanken zurückweisen, als ob er beiden Herren dabei irgendwelche Privilegien verschafft hätte. Der Plan des Eisenbahnbauers Quala über Ebea bis zum Sanga hat bereits eine Note gelistet, lange ehe wir Neu-Kamerun hatten. Die Bahn hat also nicht den Zweck, den Interessen der Kolonialgesellschaften zu dienen, die zur Zeit ihrer Bestimmung übrigens nur einen ganz kleinen Teil von ihrem Territorium übrig haben werden, sondern den ganzen Bereich von Oien nach Westen zu tragen und Neu-Kamerun mit Neu-Kamerun zu verbinden. Der Handelsverkehr in Neu-Kamerun stehen natürlich die Kolonialgesellschaften im Wege. Mit Hilfe der Staatsregierung der Gesetzgebung des Reiches mit aller Macht dieser Gesellschaften zu einschränken, das wir für die Zukunft nicht beabsichtigen zu sein brauchen. (Weißl.)

Abg. Gröberger (Zentr.):

Der Staatssekretär stellt hinsichtlich der Afrikanischen Frage nicht auf dem Standpunkt: Wer niemals einen Raub gemacht, der ist kein großer Mann; Kamerun einem Privileg in Logo und Kamerun mit dem Übertritt der französischen Regierung zu rechnen, der Deutschland hindert, den Alkohol in diesen beiden Kolonien wesentlich zu erhöhen. Es ist eigentlich ein Anreizgewinn für ein alles Kulturland wie Frankreich, daß es die Bemühungen, der Alkohol entgegenzutreten, zu hindern. In der Kolonialgesellschaften, wo sie besonders gefährlich wirkt, muß ihre Bekämpfung durch ein Gesetz geregelt werden. In Neu-Kamerun müssen den Eingeborenen getrocknete Meeresprodukte werden. Die Kolonialgesellschaften der Gesellschaften sind nach Möglichkeit einzuschließen. Ich halte es für meine Pflicht festzustellen, daß Dr. Semler der Budgetkommission sein Amt als Kolonialreferent zu verweigern soll, als er Aufstellung der Kolonialgesellschaften macht. Er überlegt das Verhalten des Kamerun einem Privileg, der behält aber unter einmütiger Zustimmung dasjenige für die anderen Kolonien. Daran ist nichts aufzusetzen, solange nicht nachgewiesen ist, daß er dies Amt in persönlichem Interesse ausübt hat. Aber selbst Dr. Weiß hat das nicht beabsichtigt. Die Angelegenheit über Dr. Semler wird durchaus unbedeutend. Das ist ein Mann, der sein Amt vertritt, ich, gern die kolonialistische Mission, die unmittelbar in seiner Nähe liegt war. (Weißl.)

Abg. Dr. Weiß (Soz.):

Die Erklärungen des Staatssekretärs über die Tätigkeit Dr. Semlers vernehmen mich nicht. Aber es war überaus lobend und erfreulich, wenn wir erfahren, daß er mit Hilfe der Staatsregierung der Gesetzgebung der Kolonialgesellschaften mit. Ich behaupte, daß die Raten der Regierung in Widerspruch stehen mit ihrer theoretischen Antipathie gegen die Kolonialgesellschaften. Dem Reichsminister v. B. Landen mache ich feinstenwegs den Vorwurf, daß er bei seiner Vermittlung irgendwelche persönliche Interessen verfolgt habe. Die Verhandlungen Dr. Semlers fanden lange vor der Erwerbung Neu-Kameruns statt, sie sind also keine vaterländische Tat. Befreiungen über das, was wir zu tun haben, lehnen wir ab, wir handeln nach Pflicht und Gewissen. Die Debatte ist nicht ohne Einfluß und Eindruck geblieben. Das Wesentliche ist, daß die Eigenschaften Dr. Semlers als Kolonialreferent als Empfehlung für gewisse gesellschaftliche Funktionen dienen mußte. Das ist dem Kollegen Dr. Weiß, gleichwohl ob mit oder ohne seinen Willen, durch den Staatssekretär gekommen ist, mußte ihm die Übernahme des Referates außerordentlich erschweren. Diese Auffassung teilt auch die Presse, die Herr Dr. Baasche nachliest. Sie sagt bereits, daß Dr. Semler am besten die, das Referat niederzulegen. Wir Sozialdemokraten wollen es für eine Gewissenspflicht, in die Zusammenhänge zwischen Politik und Finanzkapital hineinzusehen.

Abg. Dr. Arendt (W.):

Ich wundere mich, daß ausgerechnet Herr Dr. Weiß hier die deutschen Interessen gegenüber den französischen tadelt. Herr Dr. Semler hat den anderen Parteien in der Budgetkommission keine Hilfe verschafft, die die Übernahme des Amtes als Vorsitzender der Kolonialgesellschaft gemacht, was es hat niemandem daran etwas Unzulässig gefunden. Ich freue mich, daß man heute den Wert der Erwerbung Neu-Kameruns anders beurteilt, als im ersten Augenblick der Erregung. Durch Ausmaß des Vordringens wird das Land sicherlich erschlossen werden können, wenn auch langsamer als die anderen Kolonien.

Abg. Schöner (Soz.):

Herr Dr. Semler leidet an einer seltsamen Farbenblindheit auf dem Gebiet der politischen Moral. (Präsident Dr. Raemy ruft den Redner wegen dieser Beleidigung zur Ordnung.) an einer sehr bedauerlichen Gedächtnislosigkeit. Die Sache wird sehr bald erledigt, und es ist ja in allen Stadienverhandlungen so gehandhabt, daß jeder Stadienverhandlung abgeschlossen bei Fragen, die eine Erwerbungsfrage betreffen, an der er interessiert ist. Herr Gröberger hat auch nicht, wie Herr Semler glaubt, ihm erklärt, daß er das Referat ruhig übernehmen könnte, sondern daß es das mit seinem Gewissen abmachen müsse. Das ist doch ein fundamentaler Unterschied. Ich verweise mich aber auch gegen die böse Willige Kritik, die Zeitschriften und Journalisten und die Gesellschaften zu distanzieren, wie es Herr Dr. Semler tut. Ich würde mich über den Grund meiner Seele freuen, wenn ich als Reichsanwalt eine solche Aufklärungspolitik treiben würde. Dr. Semler wurde doch in den Aufklärungsarbeiten, weil er Abgeordneter ist, nicht mit dem Reichsanwalt in. Herr Semler hat eine wirtschaftliche Bahn empfohlen auf einer Strecke, die die im weitestehenden Gesellschaften außerordentlich fördern würde und bei der es begründet, daß dadurch der Verkehr vom Sanga her unter abgelehnt würde, was gerade widersinnig ist. Das ist der Beweis, daß er seine Stellung hier im Haus ausübt auf Empfehlung von Parteigenossen, die seiner Gesellschaften vorteilhaft sind. Das vertritt sich nicht mit unseren Begriffen politischer Moral.

Damit ist der Etat für Kamerun erledigt. Der Etat für Logo wird definitiv angenommen.

Drasitz.

Eine Resolution der Budgetkommission fordert im nächsten Etat für Süditalien bei den Anforderungen für die Militärverwaltung die Erhöhe der Schutzguppe zu verringern.

Abg. Dr. Quessel (Soz.):

Auf die Diamanten-Produktion kann man die Zukunft Süditaliens nicht aufbauen. Die Welt wird aber aus der Weltzug etwas. Dem Apparat-Agrarier Dr. Oerel fällt keine gute Kolonialbegehrung unter den Redaktionsmitgliedern an, wenn er daran denkt, daß Südwest einmal 300 000 Schillingen



und mindestens 800 000 Reichsmark nach Deutschland liefern  
Wente. Südwestafrika ist die einzige deutsche Kolonie, in der  
Nordarbeiter dauernd leben können. Der Heimaturlaub  
der Beamten und Offiziere verläuft meistens. Welche  
„Reisebefreiung“ mag wohl Herr Gouverneur Dr. Seitz bekommen. Welche  
um hier erziehen zu können? Für solche Flüchtige für Beamte  
und Arbeiter ist kein Geld da. Sie fallen dabei der Armen-  
pflege zur Last. Ein 16jähriger Regter habe ein 4jähriges Kind  
begrabt, wurde deswegen zunächst zu 18 Jahren Zuchthaus  
und dann, als der Rasenbald losbrach, zum Tode verurteilt. Das  
ist eine Unjustiz, die um so schlimmer ist, als sie im  
Namen des Rechts gescheit. Sie endet und schadet den deut-  
schen Namen in der Welt, und deshalb wenden wir uns dagegen.  
Die schwarzen Arbeiter dürfen den weißen keine Konkurrenz  
machen.

**Gouverneur für Deutsch-Südwestafrika Dr. Seitz:**  
Das Urteil gegen den 16jährigen Regter wurde zurückgewiesen,  
weil einige Fragen noch nicht geklärt waren. Die Tat sollte sich  
schon eher heraus, als man zunächst angenommen und der Junge  
wurde zum Tode verurteilt. Ich habe ihn dann am 10.  
zu 10 Jahren Gefängnis begnadigt. (Hört! Hört! 16 b. bürger-  
lichen Parteien.)

**Die Lebensverhältnisse für die weißen Ar-  
beiter** sind im allgemeinen günstig; ungeladene bekommen  
10 Mark, geladene ca. 15 bis 20 Mark. Der Gesundheitszustand  
der Eingeborenen ist leider immer noch schlecht; die bisherigen  
Veruche mit Salvarsan haben einen günstigen Erfolg gehabt.  
Die Behandlung der Syphilis durch Kommerz nur unbedingt  
erforderlich; sollte sich herausstellen, daß sie das dortige Klima  
nicht vertragen können, müssen wir sie allerdings nach Südwest  
zurückführen. Es ist kein Syphilisfall vorgekommen, sondern  
nur eine Wunde, die sich während des Aufstehens zusammen-  
gefunden hatte.

**Abg. Koch (Soz.):**

Die Verordnungen, die der Staatssekretär im Vorjahre  
gegeben hat, hat er zum größten Teile erfüllt. Wie man die  
Interessen der Diamantenindustrie weiter fördern kann, darüber  
gehen die Meinungen auseinander. Die alte Schenkung von  
Schußwoll und Liebeswoll hat man gegenüber einer so leistungs-  
fähigen Industrie nicht anwenden. Die Interessen der Arbeiter  
müssen in jeder Hinsicht berücksichtigt werden. Die Hauptfrage für  
die Industrie ist, daß sie gute Steine bekommt.

**Staatssekretär Dr. Seitz:**

Die Interessen der Arbeiter haben wir nach Möglichkeit  
als bisher berücksichtigt. Es ist eine Schenkung in Panama ge-  
schaffen und eine Gültigkeit in Berlin eingeräumt — beides  
im Interesse der Arbeiter. Der Preisnachlass von 5 Prozent hat  
nicht im Interesse der Arbeiter gewirkt, wie wir hoffen. Wir  
haben daher das Empfinden, daß die Steine den Leuten so  
zu liefern, wie sie sie liefern können. Wir können schließlich  
schließlich das Syndikat nicht zwingen, den Lohnsteigern ihre Arbeit  
zu geben.

Die Resolution wird angenommen.

Der Kolonialrat und der Etat für Kiautschou  
werden erledigt.

Präsident Dr. Raumpf entläßt das Haus in die Osterferien  
mit Gebetsworten an die glorieiche Zeit von vor hundert Jahren.  
Schluß 7 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: 2. April.

**Mb. Preussischer Landtag.**

**Abgeordnetenhaus.**

150. Sitzung, Sonnabend, 8. März.  
Am Ministertisch: Reichsamt, Dr. Heilmann.  
Vizepräsident Dr. Reich eröffnet die Sitzung um 12 Uhr  
15 Minuten.

Die allgemeine Besprechung über den Etat der  
**Preussischen Zentralgenossenschaftskasse**  
wird zunächst fortgesetzt.

**Abg. Mehnichen (Soz.):**  
Es ist nicht richtig, daß die Zentraldarlehenskasse der Frage  
der Quantität gleichgültig gegenübersteht. Freilich, eine absolute  
Quantität ist für diese Kasse, die in der Hauptsache den Geld-  
bedarf zwischen den einzelnen Genossenschaften bewirkt, nicht  
erforderlich. Die Zentraldarlehenskasse arbeitet durchaus im Sinne  
des alten Kassensystems. In dieser Organisation liegt allerdings  
etwas, was mit Nationalökonomie zu differenzieren  
mit dem Staatsbetriebe führt. Deshalb bin ich mir der  
Bewusstseins nicht unklar. Von dem Genossenschafts-  
wesen gilt das Wort: Was unten tief dem Erdenhohle  
das wechselnde Bedürfnis bringt, das schlägt an die metallene Krone,  
das es endlich vertritt. Das Genossenschaftswesen hat  
Gutes und Böses, und wir wollen hoffen, daß die in  
der Vergangenheit gemachten Erfahrungen im Sinne der  
Diktatorweise erbaulich in die Zukunft weiterlingen. (Beifall  
reicht.)

**Abg. Guman (Zent.):**

bittel, auch solche Genossenschaften zu unterstützen, die sich die  
Gewährung von Kasse über ihre Aufgabe machen.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Heilmann:  
Das ist eigentlich nicht unsere Aufgabe. Der Abg.  
Riehnicht hat geteilt behauptet, die Preussische Kasse gebe ihre  
Arbeits in der Hauptsache an ländliche Genossenschaften. Das ist  
nicht richtig. Es werden ländliche und städtische Genossenschaften  
gleichmäßig behandelt. Dem Kleinverzeche und dem Großverzeche  
sind die Mittel in gleichem Maße zur Verfügung. Die Mittel sind  
eintägig einmündig erlassen läßt, legen wir schon heute unsere  
Geschäftsbericht bei.

**Abg. Stull (Zent.):**

Man höre endlich damit auf, den Gegensatz zwischen Preussische  
Kasse und Zentraldarlehenskasse zu betonen. Beide Institutionen  
können und sollen in Frieden nebeneinander wirken.

**Abg. Dr. Riehnicht (Soz.):**

Wir lag daran, überhaupt eine Statistik über die Zusammen-  
setzung der Genossenschaften zu bekommen und dabei etwas über  
den Anteil der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen zu  
erfahren. Die Förderung der Mittelstandsgenossen-  
schaften mißbillige ich nicht; ich stelle sie nur in Gegensatz zu  
der Unterbrechung der Arbeiterkassenvereine.

Die Erweiterung schließt. Der Etat wird beschwichtigt.  
Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend den  
Ausbau von Wasserkräften im  
oberen Saalegebiet bei Wefer.

Die Kommission hat an der Regierungsvorlage verschiedene  
Veränderungen vorgenommen. Der Gesamtbetrag, der der Regie-  
rung für den Zweck zur Verfügung gestellt werden soll, hat sich  
von 9 Millionen auf 10 1/2 Millionen erhöht. Davon wären, solange  
die Wasserkräfte bei Wefer nicht zum Ausbau gelangen, nur  
6 1/2 Millionen zu verwenden, während die Regierung 5 Millionen  
veranschlagt hatte. Die übrigen Veränderungen sind unwe-  
sentlicher Natur.

Die Kommission beantragt, den Gesetzentwurf nach den Kom-  
missionsbeschläüssen anzunehmen und die Regierung zu erziehen,  
den Städten Cassel und Göttingen bei den Anleihen

Vertragverhandlungen in tunlichst großem Umfang und soweit  
es die bereits abgeschlossenen Verträge und die Rückstufung auf  
den anderen wirtschaftlichen Bereiche des Internationales liegen-  
den Reichs, sowie auch die allgemeine Staatstätigkeit ausfallen  
entgegenzukommen, um diesen Städten den im allseitigen  
Interesse liegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge mit  
dem Staat und den in Betracht kommenden Stadt- und Land-  
kreisen zu ermöglichen.

**Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach:**

Ich danke der Kommission, daß sie die von uns in der Vor-  
lage angeordneten Mittel um 1 1/2 Millionen Mark erhöht hat. Ich  
sage Ihnen auch mitteilen, daß wir inzwischen in die Arbeit  
Göttingen in Verbindung gebracht und daß eine Ein-  
zahlung in materiallicher Hinsicht erfolgt ist. Wir hoffen, auch mit  
Cassel bald zu einer ähnlichen Einigung zu kommen. Ich möchte  
bitte, die Vorlage nun recht bald zu verabschieden.

**Abg. Arciling (Dp.):**

Wir haben die Vorlage mit großer Freude begrüßt und  
rechnen auf ihre baldige Annahme. Mit den Kommissions-  
beschläüssen sind wir einverstanden. Ein wesentlicher Vorzug der  
geplanten Anlagen ist auch die Beteiligung der Hochwassergefahr.  
Sofortlich werden auch in Cassel ein Biegel der Oder recht  
bald ähnliche Einrichtungen getroffen werden.

**Abg. Dr. Schroder-Cassel (NatL):**

Auch wir stimmen der Entwürfe und den Kommissions-  
beschläüssen einstimmig zu. Auch in technischer Beziehung hat  
die Kommissionsberatung noch manche Verbesserungen gebracht.  
Der Magistrat von Cassel ist jetzt entschlossen, weiter  
Sapientien über die Rentabilität des eigenen Werkes zu  
lösen. Ich persönlich habe den Wunsch, daß Cassel sich dem land-  
schaftlichen Unternehmern anschließen möge. Der Anschlag möglichst  
weiter Landkreise ist natürlich sehr willkommen, insbesondere der  
Anschlag der drei Waldkreise.

**Abg. Feinert (Soz.):**

Wir stimmen zu, wünschen aber nicht, daß die Landkreise  
die Stromlieferung zu einer Einmalquelle machen. Allerdings  
Ziel muß die Verbilligung der Elektrizität sein.

**Die Abg. Seine (NatL), Dr. Wendland (NatL), von  
Pappenheim (NatL), Dinslage (Ztr.) und Dr. Reich (Freisinn):**

Sprechen gleichfalls ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf aus und  
wünschen lokale Wünsche darzulegen.  
Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung ein-  
stimmig angenommen.

**Das Ausgabengesetz.**

Das Gesetz gibt die gesetzlichen Grundlagen für einen wirk-  
samen Rechtschutz des wasserländischen Erbes an Bodenmaterie-  
menschen, die von der Entlohnung des Landes seit den frühesten  
menschenlichen und noch vorwiegend in den Kurben geben.  
Die Ausgabengesetze sind die Grundlage der Wasserrechte, die  
oder naturgeschichtlich Bedeutung sollte nur in der Weise er-  
folgen dürfen, daß das öffentliche Interesse an der Förderung  
der Wissenschaft und Denkmalpflege nicht beeinträchtigt wird.

**Abg. D. Pappenheim (NatL):**

beantragt Abweisung. Unsere Bedenken gegen einzelne Be-  
stimmungen des Gesetzes sind noch nicht soweit geklärt, daß wir  
uns für eine Kommissionsberatung erklären könnten.

**Die Abg. Dr. Kaufmann (Zent.), Gieshoff (Waltsp.),  
Dr. Gottschall (NatL), Bieder (Freisinn) und Dr. Liebknecht  
(Soz.)**

widerprechen der Abweisung. Das Gesetz sei dringend not-  
wendig und komme an sich schon sehr spät. Was es abseht, ist  
das Gesetz, das es überhaupt von diesem Landtag nicht  
mehr verabschiedet wird.

Der Antrag Pappenheim wird abgelehnt.

**Kultusminister v. Trott zu Solz**

bringt den Gesetzentwurf ein. Er entspricht wiederholten Ver-  
schlüssen des Abgeordnetenhauses. Er ist dem Privatbesitz so-  
weit, als nur irgendwo möglich ist. In der Zeit in dieser Be-  
ziehung weiter als irgend ein anderer Staat zur diesem Gebiet.  
Man könnte fragen, wie es sich mit der Schenkung des Pri-  
vateigentums nicht zu weit geht und damit seinen eigentlichen Zweck  
beeinträchtigt. Ich möchte das bezeichnen. Gest hat man aber in der  
Schonung noch weiter, so besteht allerdings die Gefahr, daß der  
ganze Zweck des Gesetzes tatsächlich unterbunden wird. Mit voller  
Sicherheit geht das Gesetz, die Abweisung eines unbedenklichen Gegen-  
standes zu verlangen, nicht nur in der Staats-, der Provinz- oder dem  
Landes-, sondern auch in der Gemeinde- und der Gegenstand  
aufrecht werden ist. Die Einbeziehung der Gemeinden entspricht  
nur ihrer auf diesen Gebieten sich mehr und mehr regenden Anteil-  
nahme. Das Gesetz will auch die private Sammlungstätigkeit  
in feiner Weise unterbinden, sondern lediglich in Fällen einer  
wesentlichen Beförderung des Allgemeininteresses zugunsten dieses  
Allgemeininteresses eingreifen. Jeglicher Widerspruch wird das Gesetz  
von diesem Landtag verabschiedet. (Beifall.)

**Die Abg. Dr. Kaufmann (Zent.) und Dr. Gottschall  
(NatL)**

begreifen die Vorlegung des Gesetzes und beantragen  
eine Vermittlung an die verabschiedete Kommission.

**Abg. v. Gieshoff (NatL):**

Unser Antrag auf Abweisung darf in feiner Weise dahin ver-  
standen werden, als ob wir von der kulturell-geschichtlichen Be-  
deutung wertvoller Altertümer nicht überzeugt wären. Wir be-  
schränken nur, daß einzelne Bestimmungen des Gesetzes in wohl  
erwogene Eigentumsverhältnisse zu weit eingreifen.  
Solche Kommissionsberatung beabsichtigt werden, so werden wir  
doch Änderungen im Sinne unserer Bedenken durchzuführen  
suchen.

**Abg. Bieder (Freisinn):**

Wir hätten lieber ein umfassendes Denkmalpflegegesetz ge-  
sehen. Aber natürlich begrüßen wir auch diese Vorlage. In der  
Kommission wird zu prüfen sein, ob eine weitergehende Schonung  
des Privatbesitzes ohne Gefährdung des öffentlichen Interesses  
nicht doch noch möglich ist. Selbstverständlich sind bei den Eigen-  
tumsveränderungen, die im öffentlichen Interesse vorgenommen  
werden müssen, voller Geduld zu betrachten.

**Abg. Gieshoff (Dp.):**

Auch wir begrüßen die Vorlegung nicht sehr spät, hoffentlich  
nicht zu spät. Wir sind natürlich nicht arm an historischen und  
prähistorischen Altertümern und der deutsche Boden birgt  
noch manchen Schatz, der gehoben werden kann. Sogleich trägt  
dieses Gesetz dazu bei. Die Lebensfrist Ausgabengesetz  
steht mir nicht sehr gefällig zu sein. Der Name sollte unwe-  
sentlich sein. Unsere geschilderten Punkte sollten aufgeführt  
werden über die Bedeutung der Erforschung der Menschheits-  
geschichte. (Zustimmung.) Auch wir hoffen, daß das Gesetz noch  
in dieser Session verabschiedet wird, damit nicht wertvolle Gegen-  
stände weiter der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt sind.

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):**

Das Gesetz ist zu begrüßen. Nur ist es nicht umfassend  
genug. Immerhin werden wir es annehmen, und es kann im  
wesentlichen so bleiben, wie es ist. In der Schonung des Pri-  
vateigentums geht es noch unter Meinung zu nicht. Wenn  
jemand durch Zufall bei einer Ausgrabung in den Besitz eines  
wertvollen Altertumsgegenstandes gelangt, so darf er sich nicht  
als Besitzer eines nationalen Gutes betrachten und muß  
als Konsequenz daraus handeln. Von einem Geduldensatz  
kann natürlich nicht die Rede sein.

Das Gesetz geht an die verabschiedete Kommission.

Es folgt die Beratung der Anträge Schiffer-Magde-  
burg (NatL) auf Verleih eines Gesetzentwurfs über die  
Polizeiverordnungen und Ortsstatuten und die  
Zuständigkeit der Ansetzung amtlicher Bez-

fügungen, sowie auf Sammlung und Eichtung des  
vorgedachten Reichsstatuten. Die Kommission hat be-  
schlossen, alle Personen, die ein berechtigtes Interesse daran  
haben, das Recht zu geben, auf Verleihung der Reichsstatuten  
einer Polizeiverordnung beim Oberverwaltungsamt Klage zu  
erheben. Die Klage soll aber nur darauf gestellt werden können,  
daß die Polizeiverordnung mit geltenden Reichsgesetzen im  
Widerspruch untereinander ist, daß die vorzulegende Vorlage  
den Polizeiverordnungen nicht zuzufügen ist, oder daß die vor-  
zulegende Vorlage die Anforderungen der Polizeiverordnungen  
nicht erfüllt sind. Die Verleihung der Reichsstatuten  
ordnung soll erlöschen mit Ablauf von 30 Jahren, dem  
Tage ihrer Ansetzung, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 1920.  
Zur Frage der Ansetzung amtlicher Verfügungen hat die  
Kommission beschlossen, alle schriftlichen Entscheidungen, Be-  
schlüsse, Verfügungen, Anordnungen, Verordnungen und sonstige Verfügun-  
gen, die durch den Richter, die Richter, die Richter, die Richter,  
Verordnungen ergehen und deren Ansetzung an eine Stelle ge-  
stehen müssen, welche Rechtsmittel dagegen zulässig sind, in  
welcher Form und in welcher Stelle sie anzu-  
bringen sind. Schließlich erlaubt die Kommission die Regierung  
baldig geeignete Maßnahmen zur Sammlung und Eichtung der  
noch geltenden preussischen Gesetze und Verordnungen zu treffen.

**Abg. Dr. Schorr (Freisinn):**

Wir erkennen gern an, daß die Verhandlungen der Anträge  
im Laufe und in der Kommission wertvolles Material zu  
schwierigen Fragen gegeben haben. Wir erkennen gern und dank  
an, daß sie manches in Fluß gebracht haben, was sich bisher  
unter der Decke angehäuft hat. Die Anträge werden, wenn sie  
angenommen werden, auch eine Wirksamkeit entfalten,  
die wir nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form herbei-  
bringen. In der ursprünglichen Fassung des Antrags sind einige  
ausgezeichnete über die Polizeiverordnungen und Ortsstatuten  
müssen wir einen Schritt dazu, erlösen, daß alles, was die öffent-  
liche Gewalt in ihren Sonderorganen schafft, einer planvollen  
und einheitlichen Ansetzung ausgesetzt sein würde. Wir haben  
den dem Oberverwaltungsamt eine Regelung, die noch ein Antrags-  
punkt ist, die dem Oberverwaltungsamt in der Sache und in der  
Form ein Gebot, eine neue Schriftform und Rechtssicherheit herbei-  
zuführen. Der Antrag hat ja eine wesentlich andere Gestalt  
der Kommission angenommen. Aber ein Fortschritt der Rechts-  
unübersichtlichkeit ist nicht erreicht. Wir können  
nicht darüber hinweg, daß mit der Ansetzung eine Unter-  
gebung des Bestandes der Rechtsordnung droht. Wenn der  
bestand erloschen ist, auch das Ortsstatuten und Polizeiverord-  
nungen nach 30 Jahren, auch ein gesetzlich erlöschen sollen.  
Da wird stets bei dem Verfall in den Gemeinden ein Kampf  
aber gegen alle entstehen.

**Abg. Böhmer (NatL):**

Auch wir müssen anerkennen, daß die drei Anträge in der  
Kommission sehr wesentlich weitergekommen sind und auch in  
unserem Sinne eine mehr annehmbare Form erhalten haben.  
Aber die bei weitem große Mehrzahl meiner politischen Freunde  
bevorzugen auch jetzt noch allen drei Anträgen gegenüber auf  
ihrem altem Standpunkt. Die Kommissionsberatung hat die  
Notwendigkeit eines solchen neuen Gesetzes über die  
Polizeiverordnungen nicht beseitigt. Die vorhandenen Kontrolle  
der Polizeiverordnungen und Ortsstatuten durch die Verwaltungs-  
behörden und die indirekte Kontrolle der Gerichtshöfe genügt  
nicht. Es kommt hinzu, daß der Minister des Innern  
am 9. Februar 1912 die Regierungspräsidenten angewiesen hat,  
die vorhandenen Polizeiverordnungen nachzuprüfen und Entwürfe  
zu neuen Verordnungen vorzulegen. Die Frage der Zube-  
lässigkeit der vorhandenen Polizeiverordnungen könnte sehr gut  
bei künftigen Verwaltungsreformen mit in Betracht kommen.  
Die Resolution, die in dieser Beziehung die Kommission vor-  
schlägt, werden wir stimmen. Eine Sammlung und Eichtung  
des vorhandenen Rechtsstoffes scheint uns wenig nutzbringend.  
Uns genügt die offizielle Gesetzes- und Verordnungsammlung.  
Die Resolution der Kommission ist uns in dieser Beziehung auch  
viel zu allgemein gehalten.

**Abg. Schiffer-Magdeburg (NatL):**

Als Antragsteller kann ich mit Genugtuung feststellen, daß  
die Verhandlung meiner Anträge in der Kommission eine außer-  
ordentlich günstige und eingehende gewesen ist. Ich verkenne  
nicht, daß eine Reihe der Kommissionsbeschlüsse Verbesserungen  
darstellen. Der Ausgangspunkt dieser Anträge ist der gegen-  
wärtige unzulängliche Zustand unseres Rechtes, das unzureichend  
den Anforderungen des Rechtsstoffes und der öffentlichen Be-  
stimmungen. Die Aufgabe dieser Beschläüsse sollte  
eigentümlich überhaupt nicht streitig sein. (Sehr richtig! links.)  
Sie wird ja auch von der Regierung zugegeben. Der datens-  
weise Erlaß vom 9. Februar 1912 nimmt ausdrücklich auf den  
wesentlichen Teil meiner Anträge Bezug und sagt von meinen  
früheren Anträgen, es könne ihnen eine gewisse Berücksichtigung  
zuteil werden. Wenn der Abg. Böhmer meint, daß  
meine Anträge überflüssig seien, so kann ich ihm auf Grund  
meiner Erklärungen nur sagen, daß das nicht richtig ist. Eine  
Aufsammelerarbeit ist durchaus notwendig.

Es ist mir bekannt, daß Duhende von Polizeiverordnungen  
bereits heute im Verwaltungswege aufgehoben worden sind.  
Aber das beweist nur, wie ich schon sagte, daß es nicht  
ausreicht, was man machen will. (Sehr richtig! links.) Dieses Ziel  
verfolgen meine Anträge. Die Sammlung und Eichtung wird er-  
geben, wieviel überflüssiges Recht wir haben. Diese Sammlung  
ist nicht etwa dazu dienen, irgend ein Gebietsbedürfnis zu  
befriedigen, sondern sie soll die Grundlage abgeben für eine wei-  
tergehende Vereinfachung unseres Rechtes. Man hat befürchtet,  
daß die automatische Aufhebung der Polizeiverordnungen nach  
30 Jahren eine Unruhe in unser Rechtssystem hineintragen würde.  
Aber eine gewisse Unruhe muß in jedem Recht bestehen. Das  
Recht selbst entwickelt sich, und jede Entwicklung bringt Unruhe  
mit sich. Die Unruhe, die dem Leben zum Trotz erhaschen werden  
soll, wäre die Unruhe des Rechts. (Sehr richtig! links.)  
Eine äußere Unruhe, bezuglich mit der Unruhe unseres Rechts  
ist neuer Erlaß. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Der  
gegenwärtige Zustand ist unzureichend. Von einer Gefähr-  
dung der Autorität der Behörden kann nicht mit Recht gesprochen  
werden. Am übrigen kommt zuerst das praktische Bedürfnis  
des Volkes und dann erst kommt die Autorität der Behörden.  
(Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Eine Autorität, die nur  
durch aufrechterhalten werden kann, daß sie nicht auf die Probe  
gestellt werden kann, hat keine Autorität. (Sehr richtig! links.)  
Rechtliche Zustimmung bei der Mehrheit. Wenn meine  
Anträge angenommen werden, so ist damit eminent dem prakti-  
schen Bedürfnisse des Volkes genügt. (Beifall bei der Mehrheit.)

**Abg. Dr. Bell (Zent.):**

Wir haben schon früher erklärt, daß wir den Anträgen durch-  
aus zustimmen. Es handelt sich hier keineswegs um un-  
zulässige Forderungen in unserer Gesetzgebung. In Bezug und im  
Reichs beim Reichsaufsichtsratsgesetz und der Reichsber-  
eichungsordnung haben wir ähnliche Vorschriften schon. Unsere  
Beschwerdenbeschuldigung sind zum Teil in der Kommissions-  
beschläüsse übergegangen. Bezüglich der Klage auf Ansetzung  
Polizeiverordnungen möchte ich doch hervorheben, daß es schon heute  
möglich ist, eine solche Verordnungen auf Ansetzung zu  
nehmen, der davon betroffen ist. Die Bedenken dagegen, daß  
alle 30 Jahre von neuem der Streit über das Verbleiben von Orts-  
statuten aufgeführt würde, scheint mir doch nicht stichhaltig.  
30 Jahre sind doch ein sehr langer Zeitraum. Da wird doch  
manches überflüssig. Eine Sammlung und Eichtung des  
bestehenden Rechtsstoffes ist doch wirklich unangebracht. Damit wird









Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater. Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der Saale-Ztg.)

2 Uhr 15 Minuten. Kredit 201,87, Diskont 189,12. Deutsche Bank 254,75, Berliner Handels-Gesellschaft 167,12, Dresdner Bank 155, Kommerz- und Diskontobank 114, Russische Anleihe von 1902, 50, Türkenloose 158,50, Lombard 24,25, Kanada 230,75, Baltimore 100,12, Laurahütte 175,37, Bochumer Guss 212,37, Gleisnriche 193,87, Harpener 190, Deutsch-Luxemburg 160,37, Phönix 255,37, A. E. C. 232,75, Siemens & Halske 210,50, Hamburger Paketfahrt 149,50, Nordl. 118,75, Amstet-Friede 172,75, Hansa 308,12, South-West 124,50, Sclantung 126,25, Schuckert 142, Orenstein & Koppel 206,75, Orientbahn 180,25, Tendenz: Ziemlich fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Union Bau-Ges. 276, 2,5; Fließher Maschinen 3, Rheinische Metall Vorzugsaktien 2,50, Deutsche Gasflicht 2,25, Akkumulatorenfabrik 2,25, Wanderer 2,25, niedriger: Cröllwitzer Papier 4,25, Hugo Schneider 2,25, Stettiner Vulkan 2,25, Vereinigte Kammerliche Werke 2,25, Sorbitbank Akt.-Ges. 4, Rheinische Spiegelglas 5, Troltsch 14 (gegen letzte Notiz), Zimmermann Piano 2,25, Badische Anilin 2,25, David Richter 2,50, König Wilhelm 4.

Zum Kursnotell. Berlin, 8. März. 4% Badische Staatsanleihe 99,00 umk. 18 97,30 G. 4% Bayerische Staatsanleihe 98,75 G. 4% Bayerische Staatsanleihe 08 umk. 1018 98,70 B. 4% Schwarzb. Sondershausen 98, 3/4, Württemberg Staatsanleihe 98, 3/4, Kammerer Eisenbahn-Antelle - 3/4, Deutsch-Ostrianische Schuldversch. gar. 90,0 B. 4% Ostbairische Staatsanleihe 100 99,7 B. 4% Darmstädter Stadt-Anl. 1909 um 10 - 3/4, Dessauer Stadt-Anleihe 1906 - 4%, Düsseldorf Stadt-Anleihe 1900, 77, 05, 09 98,5 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 - 3/4, Jenaer Stadt-Anl. 1902 - 4%, Nordbairische Stadt-Anleihe 1906 umk. 1919 - 4%, Quindörfer Stadt-Anleihe 1903 umk. 1919 - 4%, Thurn und Taxis 1908 umk. 19 98, 3/4, Hannoversche Komm.-Ob. X-111 99,00 G. 3/4, Oesterreichische Nordwestbahn-Obligations 1874 konv. - 4/4, Deutsche Solway-Werke - 4/4, Elberfelder Farben unkl. 1217 102,0 B. Felten & Guillaume-Lahmeyer 04, 05 98,10 G. Vereinigte Lausitzer Glaswerke 88, 50 G.

Londoner Börse vom 8. März. Es notierten: Engl. Konsols 7,56, Rio Tinto 73,25, Geduld 10,8, Goldfields 11, Steel com 6,12, Steel pref. 1,07,5, Rand Mines 6,07, Anglo-Suda 1,56, Esrand 2,75, Chartered 1,18, Aurora 7,60, Gonderella 0,54, Johanna Berg Goldfields 0,18, Van Ryn 9,81, Albus (General) 0,63, Pand Colliers 0,24, West Rand Consols 1,84, General Mining & Fin 0,77, A. Görs & Co. 0,63, Modderfontein 12,06.

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Berlin, den 8. März.

Table with columns: Kauf, Verk., Käuf., Verk. listing various companies and their market prices.

Spar- und Vorschussbank, Akt.-Ges. Halle. In der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung, an welcher 24 Aktionäre mit 410 000 Mk. Aktienkapital teilnahmen, wurden die Bilanz sowie das Gewinn- und Verlustkonto genehmigt, Entlastung erteilt und die sofort zahlbare Dividende auf 4% Proz. gleich 45 Mk. pro Aktie festgesetzt.

Magdeburger Bau- und Kreditbank. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, von der Aussüttung einer Dividende für 1912 abzuziehen und den erzielten Gewinn zu Abschreibungen auf Hausgrundstücke in Höhe von 70 000 Mk. und zu erhöhten Rücklagen auf die Talonsteuer (30 000 Mk. gegen i. V. 6000 Mk.) zu verwenden. 39 000 (36 370) Mk. gelangen zum Vortrag. Das Ergebnis wird auf die schlechte Konjunktur am Bau- und Terrrainmarkt sowie auf die sich steigende Geldknappheit zurückgeführt, die die Umsätze auf ein Minimum herabdrückten.

Anhaltische Kohlenwerke. Die Generalversammlung der Gesellschaft, in der 15 Aktionäre mit 36 756 Stimmen vertreten waren, setzte die sofort zahlbare Dividende von 6 Proz. für die Vorzugsaktien und 8 Proz. für die Stammaktien fest. Bergassessor Quehl, Berlin, wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Die Verwaltung teilte mit, falls nicht unvorhergesehene Ergebnisse eintreten, ist für das laufende Geschäftsjahr wieder auf ein befriedigendes Resultat zu rechnen.

Deutsch-Oesterreichische Bergwerksgesellschaft. In der Aufsichtsratsitzung wurde der Abschluss für das Geschäftsjahr 1912 vorgelegt und beschlossen, der auf den 29. März nach Dresden einberufenen Generalversammlung vorzuschlagen, nach Vornahme angemessener Abschreibungen eine Dividende von 11% (wie in den Vorjahren) zur Verteilung zu bringen.

Vulkanwerk Hamburg-Stettin Akt.-Ges. in Hamburg. In der Aufsichtsratsitzung am Sonnabend berichtete der Vorstand über das abgelaufene Geschäftsjahr und teilte mit, dass die zur Ablieferung gekonfirmierten Bauten für die Kaiserliche Deutsche Marine einen Verlust von etwa 2 Mill. Mk. gebracht hätten. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. vor.

Der Verband von Fabrikanten isolierter Leitungsdrähte berechnet von Montag ab einen Kupferzuschlag von 0,60 Mk. (bisher 0,20 Mk.) pro qmm Kupferquerschnitt und 100 m Länge.

Die Leipziger Frühjahrs-Mustermesse wurde am Sonnabend beendet. Trotz zahlreicher Käuferzuspruchs charakterisierte sie sich nur als eine Mittelmesse, da die Käufer aus den Vereinigten Staaten von Amerika wegen der erwarteten Zolländerung zurückgehalten wurden.

Bei der Genossenschaft m. u. H. Spar- und Darlehenskasse in Langsdorf (Oberhessen), ist eine Unterbilanz von etwa 600 000 Mark festgestellt worden, die von den haftpflichtigen Mitgliedern vorzudeckend werden muss. Jedes Mitglied wird den Betrag von 7000 Mk. aufzubringen haben.

Die Einnahmen der Lübeck-Büchener Eisenbahn betragen im Monat Februar 1913 provisorisch 678 250 Mk., gegen das Vorjahr mehr 30 787 Mk. Seit dem 1. Januar 1913 betragen die Einnahmen 1 389 959 Mk., gegen das Vorjahr mehr 87 583 Mk. Vereinigung deutscher Sportartikelfabrikanten. Aus dem in der Generalversammlung erstatteten Jahresbericht ging hervor, dass die deutsche Sportartikel-Industrie einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, der auch weiter anhält. Der Vereinigung gehören jetzt nahezu 400, die gesamten deutschen Sportartikelfabrikanten als Mitglieder an. Aus den verschiedenen gefassten Beschlüssen ist besonders bemerkenswert die Schaffung eines Schiedsgerichtes zur Schlichtung von Streitfragen zwischen den Mitgliedern, sowie die Verschärfung von Aufnahmebedingungen. Eine der besonderen Aufgaben soll darin erblickt werden, den Absatz der deutschen Sportartikel-Industrie auf dem Auslandsmarkt als gewonnen gelten kann, namentlich auch Exportbestrebungen ernstlich gefördert werden sollen, auch konnten nach dieser Richtung im bereits erreichte Erfolge festgestellt werden. Sitz des Vereins ist Hildburghausen.

Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges. Die Abschlussziffern des Unternehmens, das für 1912 eine Dividende von 8 (7) Proz. verteilt, haben wir bereits mitgeteilt. Nach dem nunmehr vorliegenden Rechnungsergebnis betragen die gesamten Betriebseinnahmen 12 288 765 Mk., die gesamten Betriebsausgaben 9 971 262 Mk. Der Betriebsüberschuss beträgt demnach 2 617 503 Mk. Die sonstigen Einnahmen betragen aus Zinsen 17 978 Mk., so dass sich eine Roheinnahme ergibt von 2 789 481 Mk. Hier-von sind abzusetzen: Rückstellungen für Benzin usw. in Höhe von 140 500 Mk., ferner für Kursverlust auf Effekten 15 171 Mk. und für Abschreibungen 1 396 030 Mk., so dass der Gewinn des Jahres 1912 1 235 137 Mk. betragen wird. Der Betriebsüberschuss aus dem Jahre 1911 mit 283 647 Mk.; es verbleibt mithin ein verfügbarer Ueberschuss von 1 518 985 Mk. Der Bericht führt aus, dass die Betriebsmaterialien für den Kraftwagenbetrieb günstig eingedekelt werden konnten, insbesondere hatte die Gesellschaft für ihren Bedarf an Benzin im Berichtsjahr durch zeitigen Abschluss zu einem sehr billigen Preise vorgesorgt. Der Pferdebetrieb litt im ersten Halbjahre durch die ungünstige Teuerung aus der Ernte des Jahres 1911. Einem ungünstigen Einfluss auf das Geschäftsergebnis des Berichtsjahres ist indes dadurch vorgebeugt worden, dass eine Abbuchung von 200 000 Mark auf die in das Jahr 1912 übernommenen Futtermittelbestände erfolgt war. Die Raufuttermittel des Jahres 1912 erzielten zu billigen Preisen den Absatz bis in den Sommer 1913, und auch in Mainz, die bisherige Preisentwicklung, die günstigsten Preise getätigt. Ueber die Aussichten für das laufende Jahr sagt der Bericht: „In das Geschäftsjahr 1913 treten wir im Hinblick auf die gesunde Grundlage unseres Unternehmens und die seitherige Entwicklung des Geschäftes mit der Aussicht auf ein zufriedenstellendes Ergebnis ein.“

Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser. In der in Leipzig abgehaltenen Generalversammlung wurde der Geschäftsbericht genehmigt. Die Mitgliederzahl ist von 3106 auf 3268 gestiegen. Die erneuten Verhandlungen mit der Vereinigung deutscher Porzellanfabriken bezüglich der Lieferungsfrage haben auch im abgelaufenen Jahre zu keiner Einigung geführt. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen rund 88 000 Mk., die Ausgaben 77 000 Mk. Bei den Wahlen zum Ausschuss wurden die amtierenden Mitglieder wiedergewählt. Der Bericht des Justizrat Dzialowski-Berlin über den Internationalen Handelskongress in Boston und Land und Leute in Amerika. Von Interesse war hierin der Vergleich Amerikas mit Deutschland. Dieses sei ein Land mit den besten Staatseinrichtungen der Welt, in dem es sich gut leben lasse. Man könne wohl der Ausbildung halber unseren jungen Kaufleuten empfehlen, Amerika kennen zu lernen. Die amerikanische Industrie sei in der Lage, ihre Produkte zu verkaufen, ohne seine gute Berechtigung. Ein zweiter Vortrag, den Bach-Berlin hielt, behandelte das Thema: Lieferanten und Abnehmer. Redner sprach sich gegen die Preispolitik mancher Kartelle und Fabrikantenverbände aus und empfahl zur Abwehr die Gründung von Abnehmer-Vereinigungen.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse, 8. März. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 190,00-194,00 ab Bahn u. frei Mühle. Roggen inländ. 162,00-163,50 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburger, pomm., preussischer, poenscher und schlesischer feil 181-200, mittel 164-180, gering - - - russischer und Donau mittel - - - , gering - - - ab Bahn und frei Mühle. Mais, inländ. - - - , amerikan. mixed 146-149, runder 153,00-157,00 feil Waren. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 152-160, gut 161,00-170,00 russische und Donau leichte - - - , schwere - - - ab Bahn und frei Wagen, Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 170, 180, Taubenerbsen 181-195 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 23,50 27,75. Roggenmehl 0 und 1 20,40-22,80. Weizenklein 11,25-11,75. Roggenklein 11,25-11,75.

Magdeburg, 8. März. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. u. Sommer hoch feil 187-190, mittel 160-186, gering bis - M. Roggen inländ. flau gut feil 157-160, Gerste, hies. Chavallerzogen, flau 168-172, feinste über Notiz, hiesige Landgut feil 156-163, mittel - - - , gering bis - , ausländische Futterweizen bis - , feil 150-158, Hafer inld. schwach gut 174-177 mittel 160-172, Mais runder, stetig gut 146-148.

Budapest, 8. März. Weizen. Tendenz schwach, per April 11,47, Mai 11,68, Oktober 12,16 Roggen, Tendenz träge, per April 9,85, Oktober 9,62. Hafer, Tendenz ruhig, per April 9,72, Oktober 8,62. Mais, Tendenz schwach per Mai 7,43, Juli 7,68. Raps, Tendenz träge, per August 17,00.

Liverpool, 8. März. 1. teig. Koter Winterweizen per März 7-3/4, per Mai 7-2/4, Mais März 5-1/4, La Plata Mai 5-3/4. Antwerpen, 8. März. Deutscher La Plata, Kontant B per März 6,17 1/2, April 6,15, Mai 6,12 1/2, Juni 6,12 1/2, August - - - , Umsatz 65000 kg. Tendenz: ruhig.

Zucker. Hamburg, 8. März. Rübenroh Zucker, 1. Produkt, Basis 88% Redemont neue Umsatz, frei an Bord Hamburg vorm. nachm. abends - - - M.

per April - - - 10,07 1/2 10,07 1/2 - - - M. per April - - - 10,10 10,12 1/2 - - - M. per August - - - 10,17 1/2 10,20 - - - M. per Oktober - - - 10,20 10,27 1/2 - - - M. per Jan./Dez. - - - 10,35 10,35 - - - M. behaft. ruhig

Kaffee. Hamburg, 8. März. Godo average Santos vorm. nachmittags abends - - - G. per März - - - 61,90 G. 60,50 G. - - - G. per April - - - 61,90 G. 61,50 G. - - - G. per September - - - 61,60 G. 61,60 G. - - - G. per Dezember - - - 60,75 G. 60,50 G. - - - G. ruhig behauptet

Rio de Janeiro, 8. März. Kaffee-Zufuhren 16000 Sack in Rio, 10000 Sack in Santos.

Havre, 8. März. Kaffee good average Santos per März 74,25, Mai 74,75, per Septbr. 76,00, per Dez. 76,50. Steig.

Kartoffelmarkt und Stärke. Magdeburg, 8. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 23,00-23,50, Steig.

Festwaren und Oele. Hamburg, 8. März. Stadtschmalz 64,00, amerikan. Steam 52,25, Chamberlain 57,25. Köln, 8. März. Rbböl per loko 69,00, per Mai 67,00.

Spiritus. Nordhau, 8. März. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104-105 l) 80,75-81,75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 kg) 91,50-92,50 M. per loko 1912 ohne Fass ab Brennerl.

Berliner Viehmarkt. Berlin, 8. März. Stadt-Schlachtlehmarkt, (Amtl. Bericht) Es standen zum Verkauf: 4706 Rinder (1439 Bullen, 1934 Ochsen, 1273 Kühe u. Färsen), 1293 Kälber, 10115 Schafe, 11475 Schweine, 1 Rinder-1, (Ochsen: a) vollfleischige, ausgemastete höchstens Schlachtgewicht (ungezucht) Stallanwachseln Lehmogewicht 48-52, Schlachtgewicht 84-86, b) Jungfleischige, nicht - - - , c) ältere ausgemastete 45-47 (82-85), d) mäßig genährte Jung-, gutgenährte ältere 40-42 (75-79), 2 Bullen: a) mäßig genährte, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes 48-50 (80-83), b) vollfleischige Jüngere 44-46 (73-82), c) mäßig genährte Jüngere und gut genährte ältere 40-43 (75-81), 3 a) vollfleischige ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 42 bis 44 (77-79), b) ältere ausgewachsene Kühe u. wenig gut entwickelte Jüngere Kühe und Färsen 37-39 (67-71), c) mäßig genährte Kühe und Färsen 35-37 (60-70), d) gering genährte Kühe und Färsen bis 32 (bis 71), 4. Gering genährte Jungvieh (Fresser) Lehmogewicht 38-41, Schlachtgewicht 76-82 M.) Kälber a) Doppelterweiner Mast 90-105 (129-150), b) feinsten Mast- (Voll-Mast) u. beste Saugkälber 69-71 (115-118), c) mittlere Mast- und gute Saugkälber 64-66 (107-110), d) geringe Saugkälber 49-53 (78-86), 5. Schaf: Mastlamm u. Jüngere Mastlamm 43-47 (68-96), ältere Mastlamm 38-42 (73-80), mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 33-37 (60 bis 79), - - - Schweine: a) Fetttschweine über 8 Ztr. - - - , b) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis 2 Ztr. 62-63 (77-79), c) vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen bis 2 1/2 Ztr. 69-62 (75-77), d) fleischige Schweine 58-61 (73-76), e) gut entwickelte Schweine bis - - - (bis - - -), f) Sauen 58-60 (73-75).

Tendenz: Das Rindergeschäft ist ruhig ab. 20 schwere Bullen brachten Preise überhöchster Notiz. Der Kälberhandel gestaltet sich flaut. Bei den Schafen war der Geschäftsgang ruhig. Der Schweinemarkt verliert ruhig.

Hau- Stroh usw.

Halle 8. März. (Bericht über Heu und Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal). Preise für 500 kg und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhran frei Hof hier. Die Partienpreise sind fest, die Fuhrpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen Langstroh (Handl.) 2,10 (2,40). Maischenstroh für Papierfabr. 1,95. Weizenstroh 1,30, zu Strohwecken 1,50 (1,90). Bestdruck 2,00 (- - -). Wiesenschilf, hiesiges oder Thüringer, beste Sorten 3,45 (3,90), gute fremde Sorten 3,20 (3,60). Kleeschw., erster Schnitt, beste Sorten 3,90 (4,30), minderwertige Sorten - - - , Torfstreu, in 200 Ztr.-Lad. frei Bahn hier 1,10, in einzelnen Ballen vom Lager hier 1,70. Häcksel, gesund u. trocken, frei Partien frei Bahn hier 2,00, im einzelnen v. Lager hier 2,50 M.

Chemische Produkte. Merseburg, 8. März. (Mitgeteilt von Hugo Eichhorn). Chlilalpaten - Tendenz stetig. Konsumfrage wieder stetig. Notierung prompt Mark 11,90, Febr.-März 1914 Mark 10,95 frei Fahrzeug Hamburg.

Hamburg, 8. März. Chlilalpaten per loko 11,85, Febr.-März 10,80, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: Mark.

Wolle. Bremen, 8. März. Baumwolle Upl. loko middl. 69,00. Liverpool, 8. März. Baumwolle, Umsatz 5 000 Ballen, import 2 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 2000 Ballen.

Liverpool, 8. März. Agypt. Baumwolle per Mai 9,92, Agypt. Baumwolle per März, Agyptische Baumwolle per Mai 18,25, 11. 18,25, Nov. 18,07.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabobmeldung via Azoren-Emden. New York, 8. 3. 7. 3. Weizen p. Mai 97 1/2 98. Roggen loko 61 1/2 61. Mais loko 99 1/2 97 1/2. Schmalz p. Mai 10,80 10,87. Mals Spring cl. 5 1/4 5 1/2. Juli 10,70 10,87. New York Chicago. Petroleum in Cases 10,80 10,80. Weizen p. Mai 91 1/2 91 1/2. do. in Stard. White 8,50 8,50. Mais p. Mai 52 1/2 52 1/2. do. in Cred. Balanc. 250 250. Kaffee loko 12 1/2 12 1/2. Hafer p. Juli 55 1/2 55 1/2. p. Mai 12,90 12,94. Hafer p. Juli 34 1/2 34 1/2. p. Mai 13,04 13,20.

Tendenz: Weizen willig. Mais stetig.

Wasserstände.

Table with columns: Name und Ursprung, Fall, Wucht listing water levels and weights for various locations.

Table with columns: Name, Fall, Wucht listing water levels and weights for various locations.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater. Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.





